

Pressemitteilung 12/2021

Halle (Saale), den 15. April 2021

Wirtschaft im Osten Deutschlands weniger geschrumpft als im Westen, aber auch mit schwächerer Dynamik, wenn Pandemie verschwindet – Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2021 und amtlicher Länderdaten für die ostdeutsche Wirtschaft

Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts dürfte im Jahr 2021 in Ostdeutschland mit 3% geringer ausfallen als in Deutschland insgesamt (3,7%), denn der Einbruch aufgrund der Pandemie war im Jahr 2020 geringer. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung in der zweiten Jahreshälfte dürfte auch die Arbeitslosenquote leicht sinken.

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose konstatiert in ihrem Frühjahrsgutachten, dass das anhaltende Pandemiegeschehen den Aufschwung in Deutschland bis in den Sommer hinein verzögern wird. Das gilt auch für Ostdeutschland, zumal zurzeit (Mitte April) Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt die Länder mit den bundesweit höchsten Inzidenzen sind. Bis zum vergangenen Herbst war die Pandemie in Ostdeutschland wenig verbreitet. Das ist ein Grund dafür, dass die Produktion im Jahr 2020 hier mit 3,8% gut einen Prozentpunkt weniger eingebrochen ist als in Deutschland insgesamt (-4,9%). Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sagt, zu dieser Entwicklung haben aber auch Besonderheiten der Wirtschaftsstruktur beigetragen: In Ostdeutschland haben mit dem Bausektor und vor allem mit dem Sektor „öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit“ zwei Wirtschaftszweige, die sogar noch expandiert haben, ein größeres Gewicht als im Bundesdurchschnitt (vgl. Abbildung).

Werden die Veränderungsraten der Hauptwirtschaftszweige im Jahr 2020 für Deutschland mit den für Ostdeutschland geltenden Anteilen an der Gesamtproduktion gewichtet, ergibt sich deshalb ein Rückgang der gesamten Bruttowertschöpfung, der um etwa einen halben Prozentpunkt unterhalb des tatsächlichen Rückgangs liegt. Auch spielt die stark getroffene Automobilindustrie im Osten eine geringere Rolle als in Westdeutschland. Zudem dürfte eine günstigere Einkommensentwicklung gestützt haben. Während die Bruttolöhne und -gehälter im Westen Deutschlands um 1,1% gefallen sind, haben sie im Osten um 1% zugelegt. Ein Grund dafür ist, dass das Arbeitsvolumen weniger zurückgefahren werden musste, doch die ostdeutschen Löhne haben auch im Trend der vergangenen Jahre gegenüber denen im Westen aufgeholt. Zudem fällt die Rentenanpassung bis zur Angleichung des Ost-Rentenwerts an den des Westens jedes Jahr um 0,7 Prozentpunkte höher aus als im Westen.

Sperrfrist
15. April 2021, 11:00 Uhr

Pressekontakt
Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
Ostdeutschland, Konjunktur, Prognose, Produktivität, Konvergenz, Ost-West-Vergleich

Aktueller Bezug
halbjährliches Gutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag der Bundesregierung

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

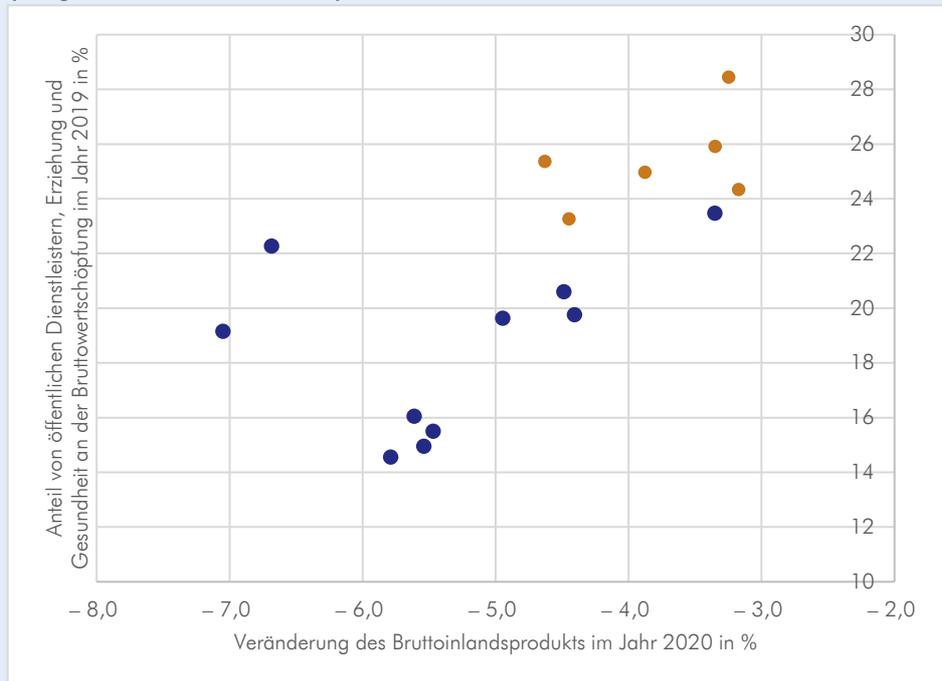
Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Abbildung

Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 und Anteil der öffentlichen Dienstleister an der Wertschöpfung in den Bundesländern

(orange: ostdeutsche Bundesländer)



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder.

Auch aufgrund des geringeren Einbruchs dürfte die Wirtschaft Ostdeutschlands in diesem Jahr, wenn die Belastungen durch die Pandemie nach und nach aufgehoben werden, nicht so stark expandieren wie die in Westdeutschland. Zudem liegt der Schwerpunkt des Verarbeitenden Gewerbes, das zurzeit von der weltweit starken Nachfrage nach Industriegütern profitiert, in den Alten Bundesländern. Der Zuwachs in Ostdeutschland dürfte im Jahr 2021 mit 3% geringer ausfallen als in Deutschland insgesamt (3,7%). Für das Jahr 2022 wird ebenfalls ein Zuwachs von 3% prognostiziert. Die ostdeutsche Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit fällt von 7,3% im Jahr 2020 auf 7,1% im Jahr 2021, im Jahr 2022 dürfte sie 6,5% betragen.

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2021:

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Pandemie verzögert Aufschwung – Demografie bremst Wachstum. April 2021. Essen 2021.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf Twitter

 Das IWH auf Facebook

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 96 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.